

Rede
des SPD-Fraktionsvorsitzenden
Norbert Römer MdL
Haushalt 2012 (1. Lesung) im Plenum
am Mittwoch, 21. Dezember 2011

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

heute Vormittag hat der Paritätische Wohlfahrtsverband seinen Armutsbericht vorgelegt.

Seine Ergebnisse müssten vor allem Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, erschrecken und endlich aufrütteln. Für die Zeit von 2005 bis 2010 bilanziert dieser Bericht bundesweit eine deutliche Verhärtung bei der Armutsquote. Knapp 12 Millionen Menschen, 14,5 Prozent der in Deutschland lebenden Bevölkerung, galten 2010 als armutsgefährdet – so der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen, Dr. Ulrich Schneider. Ob Boom oder Krise – selbst starke wirtschaftskonjunkturelle Ausschläge – und das ist entscheidend – scheinen so gut wie keinerlei Einfluss mehr auf die Armutsentwicklung in Deutschland zu haben.

Die Bundesländer sind sehr unterschiedlich von Armut betroffen. Die Spreizung reicht von 10,8 Prozent in Bayern bis zu 22,4 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern. Dabei ist die einfache Ost-West-Unterteilung mehr oder weniger passé.

In einigen Ländern Ostdeutschlands hat die Armut abgenommen. Das ist ja eigentlich eine gute Nachricht. Aber dass Berlin und vor allem Nordrhein-Westfalen dagegen seit 2006 eine unübersehbare negative Armutsentwicklung aufweisen, die Armut hier also nicht ab-, sondern zugenommen hat, lässt diese Nachricht in einem ganz anderen Licht erscheinen:

Noch deutlicher wird der Bericht in seiner regionalen Analyse, in der er regionale Zerrissenheit feststellt und das Ruhrgebiet im Fokus steht: Hier beunruhigt die Entwicklung am meisten! Neben sehr hohen Armutsquoten ist ein deutlicher, stark dynamischer Negativtrend bei der Armutsquote festzustellen. Zwar ist das auch in anderen Regionen vereinzelt der Fall, doch leben im Ruhrgebiet über fünf Millionen Menschen. Es ist das größte Ballungsgebiet in Deutschland. Schneider benutzt ein Bild

dieser Region: Sollte der Kessel Ruhrgebiet einmal anfangen zu kochen, dürfte es sehr schwer werden, ihn wieder abzukühlen.

Diese Ergebnisse des bundesweit erhobenen Armutsberichts dürfen uns doch nicht kalt lassen, Herr Kollege Laumann.

Das ist doch ein Ergebnis, das auch mit Ihrer falschen und verfehlten Politik von 2005 bis 2010 zusammenhängt - im Bund, aber auch im Land.

Deshalb hätte ich heute Morgen von Ihnen etwas mehr Selbstkritik und weniger Selbstgerechtigkeit und auch etwas mehr Zukunftsweisendes als kleinkariertes Kritikastern erwartet. Leider Fehlanzeige!

Wir sollten die Möglichkeiten der Landespolitik zwar nicht überschätzen. Aber soweit wir es in unserer Hand haben, verbessern wir die Startchancen für junge Menschen, vor allem für die kleinen Kinder - durch Vorbeugung und Förderung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

Diese Idee setzt die Schwerpunkte auch in diesem Haushalt, den wir heute diskutieren. Zum zweiten Mal nach der Landtagswahl, mit der nach nur fünf Jahren die Episode der schwarz-gelben Regierung Rüttgers abrupt beendet worden ist, bringt die rot-grüne Koalition einen Haushalt ein, der dieser Idee von Vorbeugung und Förderung folgt. Und der den zweiten Schwerpunkt unserer Politik umsetzt, nämlich die dringend notwendige Hilfe für unsere Städte und Gemeinden, die sich mit dramatisch steigenden Sozialkosten konfrontiert sehen, Das ist auch ein Ergebnis des Trends, den der Paritätische Wohlfahrtsverband festgestellt hat.

Angesichts dieser Entwicklung, die in dem Armutsbericht beschrieben wird, stellt sich doch erneut und noch drängender die Frage, ob die Transferleistungen von West nach Ost so wie bisher noch zu rechtfertigen sind. Dieser Bericht macht noch einmal klar, dass es dabei nicht um eine Neiddebatte geht, sondern darum, unsere Städte lebensfähig zu halten. Förderung nur nach Himmelsrichtung ist falsch, Förderung nach Bedürftigkeit dagegen ist richtig. Ja, meine Damen und Herren, den Aufbau Ost mit dem Abbau West zu finanzieren, damit muss endlich Schluss sein.

Politik hat viel mit Geld zu tun, mit der Verteilung der knappen Mittel, vor allem dann aber mit der Definition und Durchsetzung von Prioritäten. Genau darum geht es heute bei dieser Debatte.

Bei allem Verständnis für die Rolle der Opposition, vor allem die der CDU: die Menschen wollen wissen, wohin es geht! Sie sind es leid, immer nur die stereotype Erklärung zu hören, die Regierung macht alles falsch, Herr Kollege Laumann. Ich stelle jedenfalls fest: Auch die Opposition macht nicht alles falsch.

Wir haben doch mit unterschiedlichen Mehrheiten für das Land zentrale Themen umgesetzt. Beim Schulkonsens, bei der Abschaffung der Studiengebühren, bei der Beitragsbefreiung für das letzte Kindergartenjahr, beim Stärkungspakt Stadtfinanzen. Das sind Ergebnisse konstruktiver Zusammenarbeit über Fraktionsgrenzen hinweg im Interesse des Landes. Und dafür lobe ich Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, ganz ausdrücklich.

Mit dem Haushalt für das Jahr 2012 gestalten wir den Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen konsequent weiter. Ich bin unserem Finanzminister Norbert Walter-Borjans außerordentlich dankbar dafür, dass er diese neuen Wege auch haushaltspolitisch konsequent unterstützt. Es ist übrigens auch seinem Einsatz zu verdanken, dass das Land weitere zusätzliche Mittel in Höhe von mehr als 70 Millionen Euro an die Kommunen zahlen kann, weil sich der interkommunale West-Ost-Ausgleich bei der Wohngeldberechnung zugunsten NRWs geändert hat. Und diese Neuberechnung des interkommunalen West-Ost-Ausgleichs ist doch auch ein gutes Beispiel dafür, nicht mehr ausschließlich nach der Himmelsrichtung sondern nach der tatsächlichen Bedürftigkeit zu finanzieren.

Klare Ziele, klare Prioritäten – das zeichnet diesen Haushalt aus.

Wir investieren konsequent in die Zukunft:

- in die Bildung
- in die Förderung von Kindern und Familien
- in die Verbesserung der kommunalen Finanzen
- in den Zusammenhalt unserer Gesellschaft
- und in neue Wachstumschancen für Wirtschaft, Industrie und Beschäftigung.

Damit eröffnen wir neue Perspektiven für die Menschen in unserem Land. Für alle Menschen. Denn unsere politische Leitlinie heißt: Wir lassen keinen Menschen zurück: Kein Kind, keinen Jugendlichen, keinen Erwachsenen. Wir machen Politik für die Menschen. Sie stehen im Mittelpunkt unseres Handelns – nicht der Markt, nicht Privat vor Staat.

Es geht um die Menschen und ihre Zukunft.

Die neuen Wege in eine bessere Zukunft haben wir nach fünf Jahren schwarz-gelber Regierungszeit mit unserem Politikwechsel eingeleitet und wir werden diese neuen Wege gemeinsam weiter gehen – SPD und Bündnis 90/Die Grünen und wir laden Sie von der Opposition auch weiter dazu ein, dabei mitzumachen.

Neue Wege, meine Damen und Herren von CDU und FDP, denn so wie Sie es in der Vergangenheit gemacht haben, so geht es eben nicht. Mit der Rasenmähermethode haben Sie versucht, Personalkosten des Landes zu senken und mit einer sogenannten Verwaltungsstrukturreform wollten Sie Personaleinsparungen erzielen.

Pustekuchen.

Beides hat im Ergebnis nur zu massiver Arbeitsverdichtung geführt und damit zu Unzufriedenheit bei den Landesbediensteten. Sie haben es mit einer Kommunalisierung von Aufgaben im Bereich der Versorgungs- und Umweltverwaltung versucht, für die Ihnen das Bundesverwaltungsgericht das Prädikat „nichtig“ verliehen hat. Das beschreibt auch die Qualität Ihrer Vorschläge.

Da haben wir andere Ansprüche. Uns reicht es eben nicht „etwas im Personalbereich zu tun“, wie die CDU das vor ein paar Tagen angekündigt hat. Wir werden jedenfalls in Kürze konkrete Vorschläge vorlegen, welche Aufgaben das Land in Zukunft in welcher Form und in welchem Umfang nicht mehr übernehmen soll. Das wird auch Auswirkungen auf den Personalbestand haben. Aber das Personal folgt den Aufgaben und nicht umgekehrt. Es wird Bereiche geben, die durch organisatorische Veränderungen, durch die demografische Entwicklung künftig mit weniger Personal auskommen werden. Es wird aber auch Bereiche geben, die wir finanziell und personell stärken müssen und stärken werden. Wir werden deutlich machen, dass vorsorgende Politik und Haushaltskonsolidierung kein Widerspruch sind, sondern dass sie sich

sinnvoll ergänzen. Dabei gibt es keine Tabus. Wir prüfen vorurteilsfrei, aber wir prüfen genau und zielorientiert. Darauf können Sie sich verlassen.

Wir sagen, was ist - denn viele Menschen haben ein sicheres Gespür dafür, dass sich die ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen um uns herum einschneidend verändert haben und weiter verändern.

Das Vertrauen in die staatliche Handlungsfähigkeit, gerade auch in die der Politik, nimmt ab, die Spaltung der Gesellschaft und der Rückzug auf das ganz persönliche Wohlergehen nehmen zu. Wir müssen uns das eingestehen.

Weil das so ist, versagen altbackene Rezepte für eine Haushaltskonsolidierung. Was wir brauchen, ist ein ausgewogener Dreiklang aus Sparanstrengungen und Aufgabenkritik, aus Einnahmeverbesserungen und Effizienzrenditen aus vorbeugender und fördernder Politik, um 2020 eine Nettoneuverschuldung mit einer schwarzen Null überhaupt erreichen zu können!

Warum ist nur dieser Weg zielführend? Einige Beispiele:

- weil das Armutsrisiko in Nordrhein-Westfalen eine Realität ist,
- weil sich die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit mehreren Beschäftigungsverhältnissen in den letzten sieben Jahren nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit verdoppelt hat. Und Frauen sind davon überproportional betroffen.
- weil die mangelhafte Integration junger Menschen in die Arbeitswelt ganz erhebliche gesellschaftliche Folgekosten verursacht: Bis 2015 könnten hier durch eine andere Politik insgesamt fast 30 Milliarden Euro an direkten und indirekten Kosten eingespart werden. (Bertelsmann-Stiftung)
- weil die Schulden der nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden binnen eines Jahres noch einmal deutlich gestiegen sind: Ende 2010 standen sie mit 36,8 Mrd. € in der Kreide – vier Milliarden € mehr als 2009.

Und in dieser Situation reden Sie, Herr Laumann und Ihre Parteifreunde in Berlin, aber auch die FDP über Steuersenkungen! Mit der Konsequenz, dass Ländern und Kommunen erneut viele Millionen in den Kassen fehlen würden.

Das ist unverantwortlich. Das hat mit solider Finanzpolitik nichts, aber auch gar nichts zu tun. Das sieht übrigens auch der Chef der Bundesbank Jens Weidmann ebenfalls so. Und der steht ja nicht gerade in Verdacht, ein strammer Sozialdemokrat zu sein.

Wir haben unsere Lektion gelernt. Ich sage das mit Blick auf unsere Oppositionszeit hier im Landtag ganz selbstkritisch.

Wir haben das verstanden: Vertrauen in die Politik ruft nach Verlässlichkeit und Berechenbarkeit, nach tatkräftigem Zupacken, damit die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich zunächst einmal eingedämmt und dann nach und nach überwunden wird, und ruft nach der Sicherheit, dass gute Arbeit auch für ein auskömmliches Alterseinkommen sorgt.

Anrede,

die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes erwarten daher zu Recht auch eine tragfähige, an der Zukunft des Landes ausgerichtete Finanzpolitik, die sich an klaren Zielen orientiert!

Im Koalitionsvertrag hat sich diese Regierung auf zentrale Leitziele verständigt:

1. Bildung ist der Schlüssel, um dem Ideal der Chancengleichheit aller Kinder möglichst nahe zu kommen. Gerade als hoch entwickeltes Industrieland können wir es uns nicht leisten, auch nur ein Kind zurückzulassen! Die Talente und Begabungen unserer Kinder sind der wichtigste Rohstoff, den wir haben. Den gilt es zu fördern. Um der Kinder willen, aber auch um den Fachkräftebedarf unserer Wirtschaft zu decken.

Gute Bildung ist auch die beste Sozialpolitik. Auch deshalb haben wir die Studiengebühren abgeschafft und auch den Einstieg in die Beitragsfreiheit in den Kitas geschafft.

Wir alle wissen, dass gerade in den ersten Lebensjahren das Fundament einer erfolgreichen Bildungsbiografie gelegt wird. Unser Weg muss sein, frühkindliche Bildung zum integralen Bestandteil unseres Bildungssystems zu machen.

Die demografische Entwicklung im Bildungssystem wird zuallererst in den Grundschulen sichtbar. Für die betroffenen Kommunen geht es dabei auch um die Zukunft. Wer kleinen Kindern keine zumutbaren Schulwege anbietet, braucht im Wettbewerb um Investoren, Unternehmen und Einwohner erst gar nicht anzutreten. Zumutbare Schulwege, individuelle Klassengrößen, jahrgangsübergreifender Unterricht, Verbundmodelle, Sekundarschulen – das sind die Instrumente, die wir nutzen und für die auch der Haushalt 2012 die finanzielle Plattform bietet.

Wir werden die durch rückläufige Schülerzahlen freiwerdenden Finanzmittel im System Bildung halten, um die Qualität und damit die Chancengerechtigkeit zu erhöhen. Innerhalb des Bildungssystems verteilen wir die vorhandenen und notwendigen Ressourcen zwischen frühkindlicher Förderung, Schule, Universität und Ausbildung bedarfsgerecht um. Perspektivisch kann daher nicht jede Stelle dort bleiben, wo sie jetzt ist.

Mit der Umsetzung des Schulkonsenses, den wir - meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion - gemeinsam beschlossen haben, sind wir auch eine finanzielle Verpflichtung eingegangen.

Daran möchte ich Sie erinnern:

Allein die im Schulkonsens getroffenen Vereinbarungen wie die Einführung der Sekundarschule, die schrittweise Absenkung der Klassenfrequenzrichtwerte lösen im Endausbau einen Stellenmehrbedarf in Höhe von rund 6.250 Stellen aus.

2. Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen müssen wieder handlungsfähig werden und Zukunftsperspektiven haben. Nur starke Städte, Gemeinden und Kreise können für ihre Einwohnerinnen und Einwohner Lebensqualität und Sicherheit gewährleisten. Eine aktive, vorbeugende Sozialpolitik wird nur erfolgreich sein, wenn Land und Kommunen sie gemeinsam gestalten und umsetzen können. Gerade die Soziallasten sind eine tickende Zeitbombe!

Mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen im Volumen von 350 Mio. € gehen wir 2012 den Weg weiter, um die Finanzen der Kommunen wieder in Ordnung zu bringen - als Hilfe zur Selbsthilfe! Insgesamt werden wir im kommenden Jahr fast 1,7 Mrd. € in die Hand nehmen, um die Kommunen bei ihren Aufgaben zu unterstützen.

Aber wir brauchen auch den Bund. Mehr als bisher. Sonst schaffen wir die Konsolidierung der kommunalen Finanzen nicht. Da dürfen wir alle zusammen nicht locker lassen: Der Bund muss sich endlich seiner Verantwortung stellen und sich weit stärker an den Soziallasten beteiligen als bisher.

3. „Gute Arbeit“ heißt: Dauerhafte Arbeitsplätze, gute Arbeitsbedingungen, faire Bezahlung und wirksame Mitbestimmung. Das ist der legitime Anspruch der Beschäftigten, und es liegt zugleich im Interesse der sozial engagierten Unternehmerinnen und Unternehmer gerade aus dem Handwerk und dem Mittelstand in unserem Land.

Deshalb brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn und das ist etwas anderes als Sie, meine Kolleginnen und Kollegen von der CDU, auf Ihrem Parteitag beschlossen haben.

Deshalb brauchen wir ein Tariftreue- und Vergabegesetz, wie wir es heute Nachmittag verabschieden werden, das die Rahmenbedingungen für öffentliche Aufträge klar definiert: Für faire Arbeitsbedingungen und gegen Lohndumping. Das hilft den Beschäftigten **und** den Betrieben.

Deshalb lichten wir den Maßnahmenbeschmelze an arbeitsmarktpolitischen Initiativen, um sie auf die wirklich wirkungsvollen zu konzentrieren.

4. Unser vitales Interesse ist es, den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen zu stärken, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe und Unternehmen zu sichern und die Modernisierung der Produktion mit wirksamem Klima- und Umweltschutz zu verbinden. Dazu helfen wir dem Handwerk mit unserer Handwerksinitiative, dazu werden wir ein Mittelstandsgesetz auf den Weg bringen, das sich sehen lassen kann. Dazu hat die Landesregierung eine Initiative gestartet, die die Ausbildung heimischer Fachkräfte unterstützt.
5. Mit dem „Fortschrittsmotor Klimaschutz“ und mit einer „ökologischen industriellen Revolution“ entstehen neue Arbeitsplätze, wird die Wettbewerbsfähigkeit Nordrhein-Westfalens als Innovationsland gestärkt. Und wir wollen und müssen selbstverständlich dafür sorgen, dass die Normalverdiener, auch und besonders die mit dem ganz kleinen Geldbeutel, von der Energiewende nicht überrollt werden. Das geht am besten dadurch, dass der Verbrauch von Strom und Wärme

nachhaltig gesenkt wird. Das ist allemal besser und wirksamer als jede Preissubvention.

Die Überzeugungsarbeit, die wir dafür bislang geleistet haben, muss noch intensiver werden.

Die Bundesregierung und auch der Bundesumweltminister haben offensichtlich keinen wirklichen Plan für diese Energiewende, das ist fatal für unser Land, das ist fatal für den Energie- und Wirtschaftsstandort NRW!

6. Um die immer tiefer gehende soziale und gesellschaftliche Spaltung zu stoppen, muss der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft, müssen Solidarität und Gemeinsinn, wieder gestärkt werden. Dazu gehört auch, dass Nordrhein-Westfalen als Einwanderungsland die Herausforderung Integration systematisch angeht. Auch dafür ist der barrierefreie Zugang zur Bildung - lebenslang – der Schlüssel.

Mit dem Haushalt 2012 setzen wir daher die Schwerpunkte unserer Politik bei Kindern, Jugend und Familie, bei der Bildung und der Stärkung der Kommunen konsequent fort. Der Haushalt bildet die Schwerpunkte unserer Zukunftsinvestitionen 1:1 ab.

Ohne Einnahmeverbesserungen zur Lösung der strukturellen Probleme des Landes geht es aber nicht!

Was wir bis 2017 erreichen wollen, macht die jetzt vorgestellte Mittelfristige Finanzplanung deutlich: eine Nettoneuverschuldung von weniger als 2 Mrd. €. Das heißt aber auch:

Auf dem Weg, die Nettoneuverschuldung 2020 auf null zurück zu führen, werden wir die begrenzten staatlichen Mittel auf die wichtigen Aufgaben konzentrieren müssen!

Strukturen, die sich als nicht effektiv erwiesen haben, werden wir verändern.

Manchmal ist weniger mehr.

Die Fördermittel von Europäischer Union, Bund und Land auf die zentralen Projekte konzentrieren, ressortübergreifend Doppelstrukturen in der Förderung abbauen und eine effektive Effizienzkontrolle bei Einsatz staatlicher Mittel aufbauen – das werden wir angehen.

Und auf dem Weg bis 2020 werden wir auch die Renditen zur Haushaltskonsolidierung nutzen können, die wir durch unsere gezielte Politik der Vorbeugung und Förderung erzielen.

Mit dem Haushalt 2012 setzen wir unsere Politik für eine gute Zukunft der Menschen in unserem Land fort. Ich freue mich auf intensive und konstruktive Beratungen.